

ANTRAG 2
der ÖAAB-FCG-BAK-Fraktion an die 175. Hauptversammlung
der Bundesarbeitskammer am 30. November 2023
in Niederösterreich

**Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und
Preisstopp auf Lebensmittelpreise**

Die stetig steigenden Lebensmittelpreise, insbesondere bei Grundnahrungsmitteln, stellen eine zunehmende Belastung für viele Bürger:innen dar. Grundnahrungsmittel bilden die Basis einer gesunden Ernährung und sollten daher für alle Einkommensgruppen erschwinglich sein. Die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel erhöht jedoch die finanzielle Last, insbesondere für einkommensschwache Familien, da sie zu den bereits gestiegenen Preisen eine zusätzliche, prozentuale Steuerbelastung hinzufügt.

Die Mehrwertsteuer trägt dabei auch maßgeblich zur allgemeinen Teuerung bei und verstärkt soziale Ungerechtigkeiten. Geringverdiener:innen zahlen einen überproportionalen Anteil ihres Einkommens für Grundnahrungsmittel, während Besserverdienende vergleichsweise weniger belastet werden.

Eine vorübergehende Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, begleitet von laufenden Preiskontrollen und einer effizienten Preiskommission mit Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung, kann diese negativen Entwicklungen stoppen. Entscheidend ist, dass die MWSt-Senkung an die Kund:innen weitergegeben wird und nicht zu höheren Nettopreisen führt, was nur mittels lückenloser Preiskontrollen gewährleistet werden kann.

Um die Nettopreise von Grundnahrungsmitteln generell niedrig zu halten, sollte sich die Bundesregierung, nach französischem Vorbild – umgelegt auf österreichische Verhältnisse – darum bemühen, ein Einfrieren von Lebensmittelpreisen mit den Lebensmitteleinzelhändlern und Herstellern zu erwirken.

Diese Maßnahmen würden nicht nur zur Eindämmung der Inflation beitragen, sondern auch zu einer proportional gerechteren Verteilung der Steuerlast führen. Geringverdiener:innen würden in höherem Maße entlastet als Besserverdienende. Sowohl die Ausnahme von Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel als auch das Einfrieren von Lebensmittelpreisen wären bedeutende Schritte in Richtung der vorübergehenden Armuts- und Inflationsbekämpfung. Sie würden die finanzielle Belastung für bedürftige Bürger:innen verringern, gleichzeitig die Ernährungssicherheit fördern und die Lebensqualität unserer Gesellschaft verbessern.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher die Bundesregierung und den zuständigen Finanzminister auf, die Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel mit entsprechender Preiskontrolle einzuführen und einen Preisstopp auf Lebensmittelpreise zu erwirken.

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input checked="" type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--